

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

75 (26.9.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

F B S

2. Jahr Nr. 75 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Freitag, 26. September 1947

Der Parteitag der sozialistischen Einheit

1,8 Millionen Mitglieder der SED -- Politik für ganz Deutschland

Berlin. Dem zweiten Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei ging am Freitag eine Tagung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD mit 300 Teilnehmern voraus. Nach ausgiebiger Diskussion wurde ein neuer Vorstand gewählt, dem 20 Vertreter der SED und 30 Vertreter aus den westlichen Zonen angehören. Die angenommene Resolution erklärt, daß das Ziel die Schaffung der SED in ganz Deutschland bleibe.

Der Parteitag wurde mit rund 900 Delegierten am Samstagmittag im Admiralspalast durch Gen. Wilhelm Pieck eröffnet. Außerdem waren kommunistische Delegierte aus der Schweiz, Ungarn, Schweden, Frankreich, Norwegen, Luxemburg, Jugoslawien sowie aus den Westzonen Deutschlands, soweit ihnen die Reiseerlaubnis nicht versagt worden war, erschienen. Die dem Antifa-Block in der Sowjetzone angehörenden Parteien waren vertreten durch Ernst Lemmer (GDU) und Dr. Külz (LDP).

In der Begrüßungsansprache sagte Oberst Tulpánov im Namen der sowjetischen Militärregierung: „Wir sind die einzige Militärregierung, die offen und laut erklärt, daß sie es für ihre demokratische Pflicht hält, die Kräfte der Organisationen zu unterstützen, die für die Einheit der Arbeiterklasse und für ein einiges Deutschland kämpfen.“ Die Demarkationslinie scheidet nicht das östliche Deutschland von dem westlichen, und nicht das südliche von dem nördlichen; es gebe vielmehr ein Deutschland der fortschrittlichen Kräfte, der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, die für die Verständigung und Freundschaft mit der Sowjetunion und damit für die Sicherung des Friedens in Europa einträten. Ihm gehöre die Zukunft, eine neue Blüte sei ihm sicher. Ein zweites Deutschland sei das Land jener Leute, die mit Unterstützung des ausländischen und besonders des amerikanischen Kapitals das deutsche Volk wieder in das Blutgemetzel eines imperialistischen Krieges jagen wollten, der vom Monopolkapital vorbereitet werde. Berge von Beschuldigungen, die gegen die Sowjetunion erhoben würden, könnten nicht die moralische Schwäche der amerikanischen Politik verdecken. Das Wort „Kommunismus“ werde von den Reaktionen zur Charakterisierung der ihnen widerstreitenden Interessen verwendet.

Als Vorsitzende des Berliner Magistrats begrüßte Frau Louise Schröder den Parteikongreß. Sie forderte die Delegierten auf, Berlin durch ihre Verhandlungen wieder zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentrum Deutschlands zu machen, damit man es wieder die Hauptstadt Deutschlands nennen könne. In den weiteren Begrüßungsansprachen sprachen Vertreter des FDGB, der FDJ, der in der Sowjetzone zugelassenen Frauenausschüsse und Vertreter der aus dem Ausland entsandten kommunistischen Delegierten. In seinem Referat bezeichnete Max Fehner als Ziel der SED, dafür zu sorgen, daß bald in ganz Deutschland die Fahne der SED der arbeitenden Bevölkerung vorangetragen würde. Sozialistische und kapitalistische Kräfte würden in den heutigen Parteien einen erbitterten Kampf austragen.

Am Sonntag gab Wilhelm Pieck ausführlich Bericht über die Politik der SED. Er erklärte, die Voraussetzungen für Frieden, Demokratie und Wohlfahrt in Deutschland und eine freundschaft-

liche Verbundenheit mit den andern Völkern seien die wirtschaftliche und politische Entmachtung des Großkapitals und die Ueberführung des Großgrundbesitzes in die Hände des werktätigen Volkes. Gegen die Behauptungen, in der Sowjetzone gäbe es keine Demokratie, auch sei die Freiheit der Persönlichkeit nicht garantiert, sagte Pieck, in der sowjetischen Zone gäbe es eine Freiheit und eine Demokratie, die in den westlichen Besatzungszonen überträte. Die Wahlen hätten bewiesen, daß ein gemeinschaftlicher Wahlkampf der beiden sozialistischen Parteien erfolgreicher ausfalle als ein getrenntes Vorgehen.

Zur Stellung der SED der Kirche und religiösen Fragen gegenüber betonte Pieck, die von der

zung ist der Mitgliederbestand der SED auf rund 1 800 000 angewachsen.

In der außerordentlich lebhaften Diskussion, an der sich Delegierte aus allen Zonen beteiligten, richtete der vor einigen Monaten aus der SPD ausgetretene Paul Kohlhöfer (Frankfurt a. M.) heftige Angriffe gegen die Politik Dr. Schumachers. Die Auffassung von Sozialismus stehe bei vielen Mitgliedern der SPD im Gegensatz zu der Dr. Schumachers.

Otto Grotewohl sagte in seinem Referat, daß der Parteitag es begrüßen würde, wenn die alliierten Staatsmänner eine Vertretung des deutschen Volkes bei ihren Verhandlungen und der Friedenskonferenz zu Gehör kommen

Ein deutsches Programm der SED für den Kontrollrat

- Wir bitten, dem deutschen Volk selbst beschleunigt die Möglichkeit zur Durchführung einer Volksabstimmung zu geben über die Frage der Einführung eines Einheitsstaates mit den Zuständigkeiten der Länder im Rahmen der Weimarer Verfassung oder Schaffung eines in selbständige Länder aufgespaltenen Deutschlands.
- Wir erbitten die sofortige Einsetzung von deutschen Zentralverwaltungen zur Vorbereitung der Wirtschaftseinheit Deutschlands, damit die Voraussetzungen zur Schaffung einer Regierung entwickelt werden können.
- Wir erbitten die sofortige Aufhebung der Zonenengrenzen, damit Deutschland während der Besatzungszeit „als ein wirtschaftliches Ganzes“ wirken kann.
- Wir ersuchen um sofortige Einstellung aller bizonalen Abmachungen.
- Wir fordern die sofortige und restlose Säuberung der Verwaltung und des Wirtschaftsapparates von allen Naziaktivisten und Kriegsverbrechern.
- Wir erwarten sofort:
 - die Durchführung einer demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes mit über hundert Hektar Land.
 - Die Zulassung des Austausches von Nachrichten und Druckschriften in ganz Deutschland als Vorbereitung für die Zulassung aller politischen Parteien in ganz Deutschland.
 - die Durchführung des Beschlusses des Rates der Außenminister in Moskau über die Rückkehr aller deutschen Kriegsgefangenen spätestens bis zum 31. Dezember 1948.
- Wir erbitten:
 - die sofortige entschädigungslose Enteignung der Krlegs- und Nazi-verbrecher und die Ueberführung der Großbanken und aller Betriebe der Monopolverbände in öffentliches Eigentum.
 - Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produktion unter maßgebender Mitwirkung der Gewerkschaften.
 - volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte.
 - eine einheitliche Wirtschaftsplanung für ganz Deutschland.

SED geübte Toleranz sei kein Zurückweichen der marxistischen Weltanschauung, sondern die konsequente Anwendung ihrer grundsätzlichen Politik, die Glaubens- und Gewissensfragen aus dem parteipolitischen Kampf auszuschalten.

In seinem Bericht über den organisatorischen Aufbau der Einheitspartei sagte Erich Gnißke, daß nach der Vereinigung die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in der Sowjetzone politisch überwunden worden sei. Mit der Bildung einer einzigen sozialistischen Partei habe sich das jahrzehntelange Sehnen aller fortschrittlichen Arbeiter Deutschlands erfüllt. Mit einer Zunahme von rund 500 000 Mitglieder seit der Verschmel-

lassen würden. Die Voraussetzungen dazu müßten allerdings zunächst unter den Deutschen geschaffen werden. Es dürfte an der Zeit sein, daß man sich in Deutschland endlich über die Form und Zusammensetzung einer solchen Vertretung einigt. Wenn nach einer Mitteilung von Jakob Kaiser alle Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu einer solchen Beratung gegeben haben, dann sollte man sie endlich durchführen. Es gäbe keinen vernünftigen Grund, eine solche Beratung an der persönlichen Widerspenstigkeit Dr. Schumachers scheitern zu lassen. Er legte dann dem Parteitag die Programmpunkte vor, die dem Kontrollrat vorgelegt werden sollen (siehe obenstehend). Wir berufen uns bei den Forderungen sowohl auf die Potsdamer Beschlüsse, wie auf die Tatsache, daß ohne eine solche Regelung die erforderliche Steigerung der Produktion und der Arbeitsmoral nicht zu erreichen sind.

Grotewohl nahm weiterhin Stellung zu den politischen Kräfteverhältnissen in Deutschland. Die CDU und CSU hätten bei den letzten Wahlen 32,4 Prozent der Stimmen erhalten und sich somit an die Spitze der politischen Parteien gestellt. „Sie wäre das nicht mehr, wenn die natürliche Zusammengehörigkeit der Arbeiterparteien ihren Ausdruck in der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien finden würde.“ In diesem Augenblick stände eine Sozialistische Einheitspartei in ganz Deutschland mit 47 Prozent aller gültigen Stimmen weitaus an der Spitze aller Parteien. Sie würde in Zukunft infolge der durch die Einheit sich steigenden Kraft über weitaus mehr als 50 Prozent verfügen.

Resignation - Bestechlichkeit - Unfähigkeit - Sabotage

Untersuchungsergebnis in hessischen Behörden gegen korrupte Bürokratie

Darmstadt. (Südena) „Resignation, Bestechlichkeit, Gruppeninteressen und Unfähigkeit haben bei den Verwaltungsbehörden in unglaublichem Maße um sich gegriffen“, heißt es in einem Untersuchungsbericht, den leitende Angestellte des Regierungspräsidiums Darmstadt am Montag der Öffentlichkeit übergaben. Durch die völlig ungenügenden Maßnahmen der Verwaltungsbehörden würden dem Unternehmertum und der Erzeugerschaft Konzessionen eingeräumt, die entweder von Gruppeninteressen diktiert seien oder auf Wirtschaftssabotage beziehungsweise Korruption schließen ließen. Ein Teil der Beamten

Zu einem machtvollen Bekenntnis für die Einheit Deutschlands, für Frieden, Demokratie und Sozialismus gestaltete sich der 2. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die SED hat sich als die aktivste antifaschistische Kraft in Deutschland erwiesen.

Darüber hinaus ist die Arbeit der SED für die Entwicklung der sozialistischen Kräfte in ganz Europa vorbildlich, denn überall leidet die Arbeiterbewegung unter der Spaltung, die in der Ostzone Deutschlands überwunden wurde.

Volksfeindliche Pläne

Zur Währungsreform

Eine Gutachterkommission des bizonalen Verwaltungsamtes hat dem Wirtschaftsrat in Frankfurt einen Plan zur Währungsreform unterbreitet: Das alte Bargeld solle bis zum Höchstbetrag von 50 RM pro Kopf der Bevölkerung in neues Bargeld umgetauscht werden. Die darüber hinausgehenden Geldbeträge werden auf ein Konto eingezahlt. Die Guthaben dieser Konten werden zu 80% gesperrt. Ueber die restlichen 20% kann der Einleger sofort bargeldlos verfügen. Nach einer kurzen Uebergangszeit auch durch Abhebung von Bargeld. Der ausgezahlte Freibetrag wird auf die 20% angerechnet. Die gesperrten Guthaben werden in Kriegsschuldscheine des Reiches umgewandelt, die im Besitz der Kreditinstitute, d. h. der Banken sind. Auszahlungen auf Kriegsschuldscheine werden nur bei nachweislich arbeitsunfähigen Personen und Sozialrentnern in Form einer erhöhten Unterstützung genehmigt.

Wie sich dieser Plan auswirken würde, soll an einigen Beispielen gezeigt werden: Eine Arbeiterfamilie von vier Personen, die noch 1000 RM Ersparnisse — und dieses sind echte Ersparnisse aus dem Arbeitsverdienst — besitzt, würde davon 200 RM ausbezahlt bekommen. Von den restlichen 800 RM würden 20%, gleich 160 RM, sofort bargeldlos und später auch in bar zur Verfügung stehen. Da aber die sofort ausbezahlten 200 RM darauf angerechnet werden, erhält sie nichts mehr ausbezahlt, sondern der ganze Betrag von 800 RM wird in Kriegsschuldscheine umgewandelt, die bei einem Lastenausgleich voraussichtlich eingezogen werden. Ist die Familie nur drei Köpfe stark — etwa eine Witwe mit zwei Kindern —, so würde sie bei 1000 RM Ersparnissen 150 RM sofort und insgesamt 170 RM erhalten, denn 150 von 1000 bleiben für Konto 850 RM, davon 20% sind 170 RM, 20 RM mehr als sofort eingetauscht. Die Mark für Mark ersparten Beträge werden jetzt praktisch weggesteuert.

Ein Schieber mit 100 000 RM würde nach kurzer Zeit 20 000 RM zur Verfügung haben. Ein Schwarzhändler oder ein mit der Kasse getürmter Nazi, der 10 Millionen im Besitz hat — es gibt noch genug davon —, verfügt bargeldlos sofort über 2 Mill. RM und nach kurzer Zeit darüber auch in bar.

Ein Schwarzhändler berechnet sein Geldvermögen in Schwarzmarktpreisen, diese stehen auf das Hundert- bis Zweihundertfache der wirklichen Preise. Besitzt er 100 000 RM, so hat er, in amtlichen Preisen gerechnet, einen Wert von 10 000 RM in der Hand. Die geplante Währungsreform gibt ihm dafür 20 000 RM. Hat er 10 Millionen im Besitz, so erhält er ein Neuvermögen von 2 Mill. RM, also mindestens das Zwanzigfache dessen, was er heute real besitzt.

Dieser Währungsplan verschafft also allen Kriegsgewinnlern und Schwarzhändlern gewaltige Gewinne, denn daß sie mindestens ein Fünftel ihres zusammengekauften Vermögens wertbeständig umgewandelt erhalten sollen, haben sie bestimmt nicht erträumt.

Der veröffentlichte Plan zeigt, daß Kräfte am Werk sind, die wiederum die Lasten des Krieges und der Katastrophe auf die Schultern der Schaffenden laden möchten.

Eine solche Währungsreform, nur in den Westzonen geplant, würde die endgültige wirtschaftliche und aber auch politische Zerreißung Deutschlands bedeuten. So groß die Gefahr ist, daß die Gegensätze zwischen den Großmächten zu einer solchen Spaltung führen können, so unverstänglich ist die Haltung deutscher Finanzminister, die Vorschläge machen, in denen die Einheit Deutschlands aufgegeben wird, anstatt daß sie von ihrer Seite alles tun, um die ungeheure Gefahr abzuwenden. Wenn zum Plan einer Währungsreform die Vertreter der Gewerkschaften und Arbeiterparteien nicht zugezogen werden, wird ein schlimmer Raubzug gegen die kleinen Leute beginnen, wie in der Inflation nach dem ersten Weltkrieg. Die Währungsreform wird ein Prüfstein dafür sein, ob Demokratie und soziale Gerechtigkeit nicht nur in Worten, sondern auch in Taten verwirklicht werden V. St.

63 Punkte auf der Tagesordnung der UN

New York. Der Hauptausschuß der UN nahm am Sonntag 63 Punkte für die Tagesordnung der Vollversammlung an. Mit 14 Stimmen gegen die Stimmen Polens und der Sowjetunion wurde der Vorschlag Marshalls einen „Interim-Friedens- und Sicherheitsausschuß“ zu schaffen, auf die Tagesordnung gesetzt. Ferner soll die Vollversammlung nach einem mit vier Stimmen gegen zwei Stimmen bei acht Enthaltungen gefaßten Beschluß die Revision des italienischen Friedensvertrages erörtern. Der sowjetische Vorschlag über die Kriegspropaganda und die amerikanische Resolution für die Unabhängigkeit Koreas wurden ebenfalls auf die Tagesordnung der Vollversammlung gesetzt.

Lake Success. Trygve Lie, der Generalsekretär der UN erklärte am Dienstag: Uneinigkeit und Mißtrauen der Großmächte würden die UN verhindern und zum Kriege führen. Die Großmächte, besonders die USA und die Sowjetunion, müßten ihren diplomatischen Krieg aufgeben und kompromißbereit sein. Die größte der bestehenden Schwierigkeiten sei das Mißtrauen der Mächte untereinander.

Er sprach für einen Block der „Weisheit, Toleranz und Zusammenarbeit“ der alle Nationen der Welt in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht einander näher bringen und sie zur Einigung führen könnte. Zwei Punkte wurden mit besonderem Interesse

aufgenommen: der Hinweis auf die Ablehnung jeglicher Abänderung der Charta und auf die Notwendigkeit, die Welt in wirtschaftlicher Hinsicht mit Hilfe der bestehenden internationalen Organisationen zu einigen. Der Generalsekretär vertrat den Standpunkt, daß die augenblicklichen politischen Meinungsverschiedenheiten keine Bedrohung der Existenz der Vereinten Nationen darstellten. Das Veto sei nicht der wirkliche Grund der augenblicklichen Schwierigkeiten, sondern vielmehr die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, sowie die ideologischen Meinungsverschiedenheiten und die fehlende Toleranz in den internationalen Beziehungen, von denen der Zustand der heutigen Welt abhängt.

Flushing Meadows. Außenminister Masaryk (Tschechoslowakei) erklärte am Samstag: „Wir wenden uns gegen jede direkte oder indirekte Aenderung der Charta der UN, die dahin gehen würde, das Prinzip der Einstimmigkeit der Großmächte durch ein Mehrheitsvotum zu ersetzen.“ Zur Deutschlandfrage drückte er die Besorgnis seines Landes darüber aus, daß die Schwerindustrie wieder in deutschen Privatbesitz übergehen solle. Die Erinnerung an die Folgen der Investierung von Kapital der Westmächte nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland sei noch zu stark. Der Vorschlag Marshalls, den Interims-Friedens- und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung zu schaffen, wurde gegen die Stimmen Polens und der Sowjetunion auf die Tagesordnung gesetzt.

Wirtschaftsplan für Baden

Freiburg. Auf einer Pressekonferenz im Wirtschaftsministerium gab Wirtschaftsminister Dr. Leibbrandt den für Südbaden aufgestellten Wirtschaftsplan bekannt. Im Mittelpunkt steht eine Freigabe der Produktion in Höhe von 50 Prozent. Die Hälfte ist für die Versorgung der Zivilbevölkerung bestimmt, der Rest, um zusätzliche Exporte zu beschaffen. Damit wird die bisherige Handhabung sehr gelockert und zugleich wird eine auch für Reparationen größere Quote frei. Neben der Exportindustrie solle auch den kleineren Betrieben die Möglichkeit gegeben werden, eine Steigerung ihrer Produktion zu erlangen. Auch für Baden ist dabei der direkte Verkehr der Exporteure mit den ausländischen Importeuren vorgesehen, wobei ein Bonus von 10 Prozent des Erlöses, die an eine von der Militärregierung verwaltete Kasse gehen sollen, die Rohstoffe und Lebensmittelfuhr bezahlt werden. Ein Kalorienersatz von 1800 Kalorien soll dadurch der Bevölkerung im Laufe des Jahres 1948 gesichert werden. Vor allem im Kompensationsverkehr bestehen für zusätzliche Einfuhren eine Reihe von Aussichten, so kann jetzt schon in Kürze die Übernahme einer großen Menge Erbsen aus Nordafrika erfolgen. Neben den bisherigen Exportträgern, wie der Elektroindustrie, der chemischen und optischen Industrie, besteht der Plan, auch eine Anzahl größerer Hotels freizugeben, die dem Reiseverkehr für Ausländer vorbehalten bleiben sollen. Da der Plan, der 1948 anlaufen soll, für die jetzige brennende Notlage aber zu spät komme, habe man die Absicht, eine Anleihe aufzunehmen und diese durch Lieferung von etwa einer Million cbm Holz im Laufe der nächsten zehn Jahre abzudecken.

„Noch ein weiter Weg“

Paris. Die Vollversammlung der 16er-Konferenz beendete am Montag nach einer Tagung, die 70 Tage dauerte, über die Bedürfnisse im Rahmen des Marshall-Planes und der europäischen Hilfsquellen ihre Sitzung. Der Bericht wurde an die US-Regierung weitergeleitet. Danach benötigen die Teilnehmerstaaten einen Kredit von über 22 Millionen Dollar. 3 Millionen Dollar sollen hiervon durch einen Kredit zum Ankauf von Maschinen durch die Weltbank zur Verfügung gestellt werden. Der britische Außenminister Bevin erklärte bei der Unterzeichnung: „Wir treten nunmehr in die zweite und schwierigere Phase unserer Aufgabe ein. Es ist noch ein weiter Weg bis zur Erreichung unserer Ziele.“ Außenminister Marshall erklärte dem französischen Außenminister Bidault in New York, die amerikanischen Unterstützungen könnten voraussichtlich erst im nächsten Frühjahr in Kraft treten. Die meisten der Delegierten legen sich (nach DENA-REUTER) heute schon die Frage vor, ob der Marshall-Plan nicht bereits verspätet sei.

Den Opfern muß geholfen werden

Kundgebung des Verbandes der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen

Freiburg. Am Sonntag fand im Maria-Hilf-Saal eine Versammlung des Verbandes der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen statt, womit dieser erstmals in die Öffentlichkeit trat. Der Vorsitzende Kopp legte im einzelnen den Zweck und die Ziele des Verbandes dar. Man wolle keine Zersplitterung, sondern eine einheitliche Organisation. Der Vertreter des Landesverbandes Württemberg-Baden, Kriegsblinder Ing. Schramm, Stuttgart, sprach über den Einsatz und die Versorgung der Verehrten und Hinterbliebenen. Er forderte die Zusammenarbeit aller in Frage kommenden öffentlichen Stellen, um die Verehrten in der Wirtschaft zum Wohle derselben einzusetzen. Die Verehrten verlangen Versorgung, nicht Fürsorge. Staatspräsident Wohleb führte aus, bis jetzt sei der Dank des Vaterlandes noch nicht verwirklicht. Die Verehrten und Hinterbliebenen hätten jedoch berechtigte Ansprüche an den Staat, die erfüllt werden müssen. Landtagspräsident Dr. Person erklärte, der Glaube an die Menschlichkeit dürfe nicht verloren gehen. Man solle es den Verehrten und Hinterbliebenen nicht zu schwer machen. Wirtschaftsminister Dr. Leibbrandt betonte, daß seine Anstrengungen stets darauf hinausgingen, den Verehrten und Hinterbliebenen in erster Linie zu helfen. Es seien bestimmte Vorschläge für Freigabe der Produktion gemacht worden, die in Kürze eine weit bessere Versorgung mit den wichtigsten Konsumgütern als bisher gewährleisten würden. Bis Ende des Jahres würden 100 000 Paar Schuhe freigegeben, ebenso für die Verehrten Rundfunkgeräte sowie Heizmaterial. Man wolle so weit wie möglich die sorgenvolle Lage der Opfer beider Kriege erleichtern.

Ein Vertreter des Erzbischofs führte aus, man solle Ehrfurcht und Dankbarkeit zur Tat werden lassen; auch der Vertreter des evangelischen Landesbischofs erklärte, daß die Bereitschaft zum Helfen alle umschleie. Vom Badischen Gewerkschaftsbund gab der 2. Vorsitzende Faulhaber der Erwartung Ausdruck, daß der Verband in Zukunft eng mit der Gewerkschaft zusammenarbeiten möge, da die Interessen oft im gemeinsamen Feld liegen. Die Schuld am Kriege trage der Moloch „Kapital“, das sind die Großgrundbesitzer und Großindustriellen; Hitler sei nur der ausführende Teil gewesen. Es gelte, die Ursachen des Krieges zu erkennen sowie den Willen zur Beseitigung zu zeigen, sonst sei alles, was hier gesprochen würde, leere Worte. Die Demokratie sei auf einem festen Fundament aufzubauen, wobei das Mitbestimmungsrecht des schaffenden Volkes verwirklicht werden müsse. In den abzuschließenden Betriebsvereinbarungen seien die Rechte der Verehrten besonders zu verankern.

Solidarität für Menschlichkeit und Frieden

Bericht von der Vierzonenkonferenz der Naziverfolgten

Berlin. Am Vorabend des Tages der Opfer des Faschismus fand in der festlich geschmückten Staatsoper die erste Vierzonen-Delegiertenkonferenz der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) statt. Auf der Tagung waren 581 Delegierte aus 21 deutschen Ländern vertreten. Der Vorsitzende der VVN der Ostzone Ottomar Gesche sprach über das Vermächtnis der toten Kameraden. Für die Stadt Berlin erklärte Dr. Friedensburg, daß man nicht ohne Sorge sich nach den Kräften umsehe, die die große demokratische Tradition fortführen können. Das Hauptreferat hielt Franz Dahlem. Er sprach über die antifaschistische Einheit der im Kampf gegen das Naziregime erprobten Kräfte der verschiedenen politischen Parteirichtungen, Weltanschauungen, Konfessionen und Rassen in der überparteilichen Organisation der VVN. Die Einheit in unseren eigenen Reihen, die Einheit unseres deutschen Vaterlandes, die Einheit mit den Kameraden aus den KZ's und den Deportierten aus allen Ländern — diese dreifache Einheit wollen wir wie unseren Augapfel hüten und sie gegen jeden Angriff verteidigen.

Im Jahre 1947 steht erneut die Entscheidungsfrage, ob sich der alte Weg von vor 1933 wiederholt, ob das deutsche Volk erneut dem Abgrund entgegengeht, seine nationale Zukunft wiederum den Händen der alten Volksverderber und Kriegsverbrecher überliefert werden soll. Ermuntert durch die Straflosigkeit der faschistischen Propaganda und insbesondere durch die Festigung der Positionen der alten Wirtschaftsführer, Staatsbeamten und Großgrundbesitzer erheben die faschistischen Kräfte immer frecher ihr Haupt. Mit unseren Kameraden in den anderen Ländern bleiben wir verbunden in der internationalen Solidarität gegen den faschistischen Feind der Menschheit und gegen seine Hintermänner, die internationalen Monopolkapitalisten. Es ist derselbe gemeinsame Kampf um das gemeinsame Ziel, das uns in den KZ's einte, das uns heute und auch morgen wieder einen wird.

Machtvolle Kundgebung

Am Sonntag folgte eine der größten Kundgebungen seit Kriegsende, die Berlin erlebt hat, zu Ehren der 11 Millionen Toten. Vor der Freitreppe des alten Museums grüßten die Fahnen von 22 Nationen, deren Söhne im KZ ermordet wurden. In riesigen Opferschalen loderten die Fahnen zum Himmel. Der Aufmarsch der überlebenden KZ'ler war ein Bild ungebrochenen Kampfes. Musikkapellen, Fahnen und Transparente gaben dem Zug ein erhebendes Bild, dessen Abschluß eine spanische Abordnung mit den Kämpfern der Intern. Brigade folgten. Berlin grüßte die Vorkämpfer der Freiheit. Schauernd las man die Tafeln

der Stätten des Mordes und des Grauens: Oranienburg, Dachau, Heuberg, Lublin, Buchenwald, Belsen, Auschwitz, Plötzensee, Brandenburg, Sachsenhausen und dutzend andere. Ein Meer von Kränzen zeugte von Treue und Dankbarkeit gegenüber den Helden und Kämpfern gegen die Nazityrannie. Bürgermeister Louise Schröder gab im Namen aller ehrlich gesinnten Berliner der Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Deutschen die Verpflichtung übernehmen müssen, das äußerlich und innerlich zerstörte Deutschland wieder aufzubauen zu einem Bollwerk der Humanität, des Friedens und der Menschlichkeit. Eine Wiedergutmachung an den Opfern des Faschismus sei Ehrenpflicht des Staates, der Länder, Städte und jedes einzelnen Deutschen, soweit man überhaupt noch etwas wieder gutmachen könne.

„Laßt uns eins sein!“ schallte es über den weiten Platz aus dem Munde des Kameraden Ottomar Gesche. Die restlose Ausmerzung aller Nazifaschisten und Militaristen, Paraphengengste und Schieber sei dringend notwendig, um ein gesundes, demokratisches Deutschland zu schaffen. Kampf gegen alle, die noch heute offen oder versteckt einen neuen Krieg propagieren, auch denen, die glauben, man solle Verbrechen mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe zudecken oder verzeihen. Der Nazismus in Deutschland muß restlos vernichtet werden durch uns, durch alle gesunden Kräfte des deutschen Volkes. „Bei dieser Totenehrung sind zum ersten Male die deutschen Zonengrenzen gefallen“, rief Gesche aus, „wir nehmen das als ein gutes Vorzeichen, denn wir Deutsche sind eine Nation, ein Volk und wir haben eine Heimat — Deutschland!“ Der Redner wandte sich an die bevorstehende Londoner Konferenz der Siegermächte, Deutschland mit der wirtschaftlichen und politischen Einheit endlich den Frieden zu geben. Der Beifall war am stärksten, als alte KZ'ler den schärfsten Kampf gegen die Reste von Nazismus und Antisemitismus forderten; nur damit werden wir uns die Achtung der friedlichen Völker der Welt wiedererringen.

„Brüder zur Sonne zur Freiheit, Brüder zum Licht empor“ war der Ausklang der mächtigen Kundgebung Berlins, während vor den lodernen Flammen Kameraden die Wache am Opferralten hielten.

Fritz Held (Konstanz)

Südwürt. Regierung entschuldigt sich

Tübingen. (Südena.) Bekanntlich war die Südwürt. Staatsregierung bei den Feierlichkeiten für die Opfer des Faschismus in Schweningen nicht vertreten. Die VVN hatte deshalb an die Staatsregierung einen offenen Brief gerichtet und angefragt, wie sie ihr Fernbleiben zu entschuldigen gedenkt. Nunmehr gibt die Staatskanzlei folgende Antwort heraus: „Zu ihrem großen Bedauern war die Staatsregierung auf der großen Kundgebung für die Opfer des Faschismus nicht vertreten. Der Staatspräsident war verhindert. Durch ein Versehen wurde der Stellv. oder ein anderer Minister mit der Vertretung nicht beauftragt. Die Staatsregierung bedauert aufrichtig, daß sie infolge dieses Versehens an der Feierlichkeit nicht teilgenommen hat.“

Wir würden gerne auch die Gründe hören, warum in Südbaden kein Regierungsmitglied und kaum ein Landrat an den Feiern für die Opfer des Faschismus teilgenommen hat?

In unserem Bericht „Feiern und Sabotage am Tag der Opfer des Faschismus“ wurde vermerkt, daß sich in Südbaden keine Mitglieder des Kabinetts Wohlbe an den Feiern beteiligten hätten. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in Freiburg Landtagspräsident Dr. Person im Namen des Staatspräsidenten gesprochen habe und außerdem Wirtschaftsminister Dr. Leibbrandt als Vertreter der bad. Staatsregierung anwesend gewesen sei. Es würde nun auch noch die antifaschistische Öffentlichkeit interessieren, warum in Südbaden kaum Landräte und Bürgermeister offiziell an den Feiern für die Opfer des Faschismus teilgenommen haben?

In Ergänzung der aufgezählten Feiern der VVN liegen uns inzwischen zahlreiche ausführliche örtliche Berichte vor, die von eindrucksvollen Veranstaltungen Kunde geben. Dabei wird im allgemeinen bestätigt, daß weite Bevölkerungskreise den Veranstaltungen fernblieben. Daß man sich deshalb auch im Ausland seine Gedanken über die wirklich antifaschistische Einstellung des deutschen Volkes gemacht hat, liegt auf der Hand.

Kleine Zeitung - Neigkeiten des Tages

HOLZMINDEN. In einer Kreisstagung von Holzminden wurde festgestellt, daß dem deutschen Markt für sechzig Jahre Holz aus eigenen Beständen für Möbel und Bauzwecke fehlen wird.

KÖLN. Die Zementindustrie in der britischen Zone konnte durch die unzureichende Energieversorgung in der ersten Hälfte ds. Js. nur zu einem Fünftel ausgenutzt werden.

WUPPERTAL. Die Wuppertaler Stadtverordneten haben die Verantwortung für die Verwaltung der Stadt selbst zu übernehmen, da die Untätigkeit und das Unvermögen der zentralen Wirtschaftsämter der notleidenden Bevölkerung nicht mehr länger zugemutet werden könne!

HANNOVER. Die finanziellen Mittel der Exportmesse AG seien erschöpft, erklärte ihr Leiter. Für die nächste Exportmesse soll eine Woche den deutschen Käufern und eine Woche den Ausländern vorbehalten werden. Es wird sich also nicht mehr um eine reine Exportmesse handeln.

BERLIN. Zur Zeit werden neue Versuche der

Bekämpfung der Kinderlähmung mit Penicillin angestellt.

SCHWERIN. Das Land Mecklenburg, das bis Ende August 18 Prozent des Ablieferungs-Soll seiner Ernte erfüllen sollte, konnte statt dessen 34 Prozent erreichen.

MAILAND. Auf das spanische Konsulat wurde ein Bombenanschlag verübt.

BELGRAD. Jugoslawien erhob in Rom Protest gegen den Terror, der gegen die slowenische Bevölkerung in den an Italien gefallenen Gebieten Julisch-Venetians verübt wurde.

LONDON. In Kürze soll die Konferenz über das Schicksal der italienischen Kolonien beginnen.

HONGKONG. Der ehemalige Kaiser von Anam bot seine Vermittlung im Konflikt zwischen Frankreich und Indochina an.

TOKIO. Zwischen der sowjetischen Handelsdelegation und dem japanischen Handelsminister wurde ein Handelsabkommen geschlossen.

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Es ist höchste Zeit, daß wir und alle Antifaschisten uns kräftig an die Brust schlagen und endlich einmal „offen erklären“: „Nostra culpa, nostra maxima culpa!“ wir sind schuldig, wir waren die wirklichen Nazis, die überzeugten Faschisten. „Wir“ haben mit unserem Geistesgut das Tausendjährige Reich heraufgeführt und bis zum schwarzen 7. Mai 1945 auf unseren Schultern getragen, um es dann mit einem prächtigen Ruck — und indem mehr als einer aus „unseren Reihen“ sich rasch noch einen verhältnismäßig gemühtlichen Abgang aus diesem irdischen Dasein sicherte — in den Abgrund gestoben, nach dem berühmten „Hinter uns die Sintflut!“

Denn Herr Fritzsche, dieser prächtige Fritzsche, dessen Stimme während der ganzen Herrlichkeit allen Ernazis und Mitläufern und Mitverdienern die heldische Zukunft nach einem sicheren Sieg über die russischen Untermenschen und die westlichen Schwächlinge und „notorischen Trinker“ vom Format eines Churchill kündete, weiß heute in Nürnberg in seinem Prozeß eines ganz sicher: „Ganz sicher hat mich Goebbels niemals für einen überzeugten Nationalsozialisten gehalten!“ Herr Fritzsche ruft die Stimme seines Herrn, des Dr. Goebbels, aus dem Naziwahn für sich als Zeugen!

Wenn wir uns die Sache „noch einmal überlegen“, so kommen wir doch dazu, daß nicht wir, sondern Herr Fritzsche und sein Lehrmeister das eben prächtige Dritte Reich zu seinen „Siegen“ geführt haben, daß er und nicht wir in verlogenen und hetzenden Radiobereichen die stätliche Zahl amtlicher Nazis stets gefördert, und einen Teil der Schwachen, aber an sich Ordentlichen, mit seinen Lügen breitgeschlagen hat — und bewundern zum Schluß die groteske Unverschämtheit von Leuten seines Schlages. —ey

Kasernenhöfen bei den Behörden

Freiburg. Aus der Staatskanzlei wird mitgeteilt:

„Die Fälle, in denen über mangelnde Höflichkeit von Beamten und Angestellten Klage geführt wird, häufen sich bedauerlicherweise in letzter Zeit. Im März erließ der Präsident des Staatssekretariats den sog. Höflichkeitserlaß. Seine Mahnungen scheinen nicht überall verstanden worden zu sein.“

Der Staatspräsident sieht sich deshalb veranlaßt, in einem Runderlaß erneut an alle heranzutreten, die es angeht. Er bemängelt, daß es immer noch vorkommt, daß im Verkehr mit dem Publikum die grundlegendsten Formen des Anstandes vermißt werden. Viele beschwerdeführende Klagen darüber, daß sie mit ungehörigen, ärgerlichen oder auch nicht-sagenden Redensarten abgefertigt werden, aus denen sich schlechten Willen herausören und den Eindruck gewinnen, daß ihr Anliegen nicht ernst genommen wird. Der Kasernenhofen gehört nun einmal nicht in die Räume einer in demokratischem Geist geführten Behörde.

Jeder, der ein Amt betritt und sein Anliegen in geziemender Weise vorbringt, hat ein Recht darauf, daß sein Gegenüber ihm in gleich höflicher Form begegnet und bemüht bleibt, sich in die Lage seines Nebenmenschen hineinzuversetzen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, zwischen Behörde und Publikum eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zu schaffen.“

Kein Zweifel, der bekannte Erlaß des nunmehrigen Herrn Staatspräsidenten hat nicht überall in der Beamtschaft Anklang gefunden. Mit einer gewissen Genugtuung verzeichnen wir es, daß diese unerbauliche Tatsache nunmehr auch von der maßgeblichsten Stelle festgestellt wird. Man kann verstehen, daß der neue Runderlaß unseres Staatspräsidenten es an Deutlichkeit nicht fehlen läßt; es ist zu hoffen, daß Wege gefunden (und, wenn nötig, auch beschränkt) werden, um die Beachtung und Befolgung dieses Erlasses bei allen Behörden und Stellen durchzusetzen.

Die neue ungarische Regierung

Die neue ungarische Regierung wurde am Dienstagabend gebildet. Sie besteht aus fünf Kommunisten, vier Angehörigen der Kleinen Landwirtpartei, vier Sozialisten und zwei Mitgliedern der Nationalen Bauernpartei. Die Kabinettsliste umfaßt:

Ministerpräsident: Lajos Dinnyés, Stellvertreter: Matthias Rakosi (Kommunist), Arpad Szakasits (Sozialist)
Außenminister: Eric Molnar (Kommunist), Innerer: Laslo Rajk (Kommunist), Verteidigung: Peter Veres (Nationale Bauernpartei).

Labour-Abgeordnete

besuchen die Sowjetunion

London. Acht Abgeordnete der Labour-Party darunter der Leiter des linken Flügels der Partei, Kommy Ziliaus, haben sich zu einer Besuchsreise in die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Polen und die Sowjetunion begeben, um die dortigen Wirtschaftspläne zu studieren.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden — Organ der KP
Chefredakteur Dr. Kari Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1
Tel. 1374, Telegramm-Adresse: NeuTag Offenburg. —
Verlag: Südwest-Verlag-GmbH., (17b) Offenburg,
Hauptstr. 115, Postfach 61, Fernruf 2207. — Erscheint
mittwochs u. freitags. — Bezugspreis monatlich 1,50 Mk.
einschl. Trägerlohn, b. Postbezugs zugügl. Bestelgeld.
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie., Offenburg.

Nach drei Tage ...

Das Datum des 29. September 1947 wird in der Geschichte eine gewichtige Rolle spielen. Unsere Kinder und Kindeskiner werden aus den Geschichtsbüchern lernen, daß an diesem Tage die Welt untergegangen ist — vorausgesetzt, daß die düsteren Prophezeiungen, die zurzeit im Schwange sind, sich erfüllen. Wir wissen freilich nicht, woher die Seherinnen und Sibyllen unserer Tage ihre Weisheit bezogen haben, denn auch die technischen Möglichkeiten zur Enträtselung der Zukunft sind heutzutage beschränkt. Karten, um sie zu legen, Blei, um es zu gießen, sind Mangelware; und ob die dem Kaffee-Ersatz-Satz zu entnehmenden Verkündigungen den Erkenntnissen gleichzusetzen sind, die sich aus dem echten Kaffeebohnenkaffee schöpfen lassen, ist noch keineswegs endgültig erwiesen. Aber vielleicht hat die (vermutlich betagte) Dame, der wir die unheilvolle Prophezeiung verdanken, weder Mühe noch Kosten gescheut und das Ur-Requisit ihrer magischen Kunst auf dem schwarzen Markt erstanden. Kein Wunder, daß die dann zur Schwarzseherin wurde.

Es ist das ewige Pech der Zukunftsfinder, daß die Mitwelt von ihnen nichts hören will. Cassandra wurde von Trojas verblendeter Bevölkerung als lästige Meckerin empfunden, und die großen und kleinen Propheten des Alten Testaments haben taube Ohren und verstockten Herzen gepredigt. Wir kennen eigentlich nur einen einzigen Fall, daß ein großes Volk einem Propheten hemmungslos geglaubt hat. Aber das ist nun bald tausend Jahre her und begab sich zurzeit jenes Märchens, das mit den Worten anfängt: SS war einmal! Wir sollten es uns seither abgewöhnt haben, uns durch Prophezeiungen aus der Ruhe bringen zu lassen. Der Weltuntergang ist schon einmal prophezeit worden, und die Chronisten berichten, daß in solchen Fällen die Menschheit vorsichtshalber zunächst einmal sämtliche Lebensmittelvorräte aufbraucht (man kann nie wissen; und es wäre doch schä-

Mitteilung der KP Freiburg

Stadtteil Haslach: morgen Samstag, 27. September, 20 Uhr, Haslacher Hof,

Achtung, vormerken!

Mittwoch, 1. Oktober, 20 Uhr, Vaubanstr. 12. Leistungssitzung. Alle Funktionäre nehmen daran teil.

Freitag, 3. Oktober, 20 Uhr, Heimat-Saal der Harmonie Generalversammlung.

de drum gewesen!). Diese Gefahr ist bei unserem Zuteilungsmodus kaum sehr groß, und außerdem: der Weltuntergang ist zwar angekündigt, aber unseres Wissens bisher noch nicht angeordnet. Und ohne behördliche Regelung ist der Eintritt eines solchen öffentlichen Ereignisses völlig unstatthaft.

Die Einwohner einiger badischer Städte können jedenfalls erwarten, daß vor einer etwaigen Genehmigung des Weltunterganges per 29. September die einem beachtlichen Teile der Bevölkerung bisher vorenthalte Tabakration für den Monat August geliefert wird.

H. A. F.

Bund der Fliegergeschädigten lädt ein

Freiburg. Der Ortsverband des Bundes der Fliegergeschädigten in Baden veranstaltet am Samstag, 27. September, 16—18 Uhr, im Waldsee-Restaurant ein Konzert mit anschließendem geselligen Zusammensein und Tanz zu Gunsten der Freiburger Fliegergeschädigten. Bei sehr günstigem Wetter findet das Konzert im Freien von 16—18 Uhr statt.

Mitternacht im Kinzigtal

Alle Lichter sind erloschen. Nur die Sterne am Himmel flimmern. Schweigend liegt der nächtliche Wald. Eine sanfte Wehmuth schleicht über die Wipfel hinunter in die Täler. Irgendwo muß der Mond schon aufgegangen sein. Kein Luftzug regt sich. Zuweilen nur schreit ein Nachtvogel auf oder ein Hofhund bellt in der Ferne. Plaudernd fließt die Kinzig durch die schweigende, geheimnisvolle Nacht.

Lange bin ich an ihrer Seite dahingeschritten, talaufwärts, mutter-seelen-allein. Das launige Wellenspiel hat mich manchmal aufhorchen lassen. Wenn die Wasser reden, redet das Leben. Wer nur träumt, lebt am Leben vorbei. Die harte Not unserer Zeit schlägt auch die Träume in Trümmer. Der Kummer geht als Gärtner durch das nächtliche Gefilde. Was er sät und pflanzt, es sind Giftblumen und Disteln. Wohl denen, die im Schlummer noch eine einzige Seligkeit schauen! Den Wachenden singt das Leben keine süßen Weisen mehr. Ein Fluch frisst seit Jahr und Tag am Marke der Welt. Die ihn aber gesät haben, sie sind unsichtbar geworden. Henker und Schinder harren ihrer vergebens. Und eine strafende Hand ist keine Hand.

Ich bin abgeschweift. Wenn ich alleine bin, wandern meine Gedanken rascher denn meine Füße. Längst liegt Biberach hinter mir. Steinach habe ich am Rande passiert und nur den Uhrschlag vernommen, der mir die Stunde vor Mitternacht kundete. Unheimlich drohenden Kolossen gleich, liegen die Berge zu beiden Seiten. Ich liebe sie, ob sie die Nacht in tausend Geheimnisse hüllt, oder ob der Tag leuchtend und lachend sie umkost.

Schon naht Haslach. Deutlich werden die Umrisse dieser einst so heimelig-bürgerlichen Stadt. Was in Biberach und Steinach die Nacht verschlang, hier läuft man der grausamen Wirklich-

Kartoffelversorgung im Hochschwarzwald

Neustadt i. Schw. Im Kreisausschuß für Ernährung gab der Leiter des Ernährungsamtes einen Überblick über die Frage der Kartoffelversorgung. Seit Anfang August haben neben den zuständigen Behördenstellen, wie Ernährungsamt und Landratsamt, die Gewerkschaften und Parteien in Eingaben und Entschlüssen auf die Tatsache hingewiesen, daß der Kreis Neustadt als früh-frostgefährdetes Gebiet eine Sonderregelung

KP Neustadt teilt mit:

Am Sonntag, 28. September, 20 Uhr, findet im Gasthaus zur „Blume“ unsere Generalversammlung statt. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. — Genossinnen und Genossen erscheint zahlreich und pünktlich.

An alle Ortsabteilungen des Landkreises Neustadt

Am Sonntag, 5. Oktober, findet in Neustadt/Schw. eine Kreisarbeiterkonferenz statt, zu der Gen. Eckert, Freiburg erscheint. Lokal und Zeit wird im UNSER TAG noch bekannt gegeben. Genossen, besorgt Euch frühzeitig Sonntagsfahrtsgenehmigung beim Kreisstraßen-Verkehrsamt Neustadt.

in der Kartoffelversorgung erfahren müße. Die bedauerlichen Erfahrungen des verfloßenen Jahres, wo infolge zu später Ausgabe der Einkellerungsscheine große Mengen Kartoffel erfroren sind, müßten in diesem Jahre dazu führen, daß

die Einkellerungsscheine umgehend ausgegeben würden. In der Aussprache war man einmütig der Ansicht, daß entsprechend den geographischen und klimatischen Verhältnissen des Landkreises Neustadt eine Sonderregelung erforderlich sei. Die einfachste und praktischste Regelung sei die Abgabe vom Erzeuger an den Verbraucher gegen Ausgabe der Einkellerungsscheine. Bei der schlechten Kartoffelernte würden so auch die durch mehrmalige und umständliche Transporte hervorgerufenen Ausfälle und Qualitätsminderungen vermieden. Die in der Aussprache von den einzelnen Rednern gemachten Ausführungen fanden in der einstimmig angenommenen Entschlüsselung ihren Niederschlag. In dieser Entschlüsselung heißt es u. a.:

„Einstimmig kam zum Ausdruck, daß der Landkreis Neustadt wegen seiner besonderen klimatischen und verkehrstechnischen Verhältnisse nicht, wie vorgesehen, über den Großhandel in kleinen Raten mit Kartoffeln versorgt werden kann. Einstimmig wird verlangt: Im Landkreis Neustadt die Ausgabe von 75 kg Kartoffeln zur Einkellerung zu gestatten. Wenn die Verteilung nicht in der vorgeschlagenen Weise erfolgt, so besteht die Gefahr, daß die Kartoffeln bei uns, wie im letzten Jahr, zu einem erheblichen Teil erfrieren, da nicht genügend Transportmittel zur Verfügung stehen und da mit einem frühen und strengen Winter gerechnet werden muß und im Landkreis ausreichende Einlagerungsmöglichkeiten nicht bestehen.“

Badische Umschau

Heidelberg. Ein erschreckendes Ansteigen der Geschlechtskrankheiten ist in Heidelberg festzustellen. Innerhalb von neun Tagen wurden insgesamt 102 weibliche Personen unter dem Verdacht einer venerischen Krankheit in die Hautklinik eingeliefert. Dabei stellten sich 35 Fälle von Erkrankungen heraus. Der größte Prozentsatz entfällt den Jahrgängen 1920—1928.

Karlsruhe. Die Straßenbahnen müssen aus Stromersparnisgründen den Betrieb einschränken. Die letzten Wagen werden schon gegen 20.30 Uhr von der Stadtmitte aus nach den einzelnen Richtungen abfahren. Sonntags beginnt der Straßenbahnverkehr erst um 12 Uhr. Nur die Linien 1, 3 und 8 und die Pendelwagen nach Daxlanden fahren auch am Vormittag planmäßig.

Kehl (Südena). Die Feld- und Obstdiebstähle werden in den letzten Tagen von ganzen Banden verübt, gegen die die Feldwachen machtlos sind. Teilweise kommen die Diebe mit der Eisenbahn und verüben ihr frevlerisches Werk am helllichten Tage, da sie über Schusswaffen verfügen. Die Frage der Bewaffnung der Polizei und Feldwache wird immer dringender.

Emmendingen. Zwecks Errichtung von Selbsthilfeorganisationen der Körperbeschädigten, Arbeitsinvaliden und Hinterbliebenen im Kreise Emmendingen, besonders aber einer solchen von Emmendingen und Umgebung selbst, werden hiermit alle als Mitglieder in Frage kommenden Interessenten zu einer am Sonntag, 28. September, 15 Uhr, im Saale des Gasthauses zum Löwen in Emmendingen stattfindenden Versammlung eingeladen.

Freiburg. Im Gewerkschaftsaal fand die Gründungsversammlung der neuen Esperantogruppe Freiburg statt. Die Vorstandswahlen ergaben: 1. Vorsitzender Julius Mathes, 2. Vorsitzender Armin Diener, Schriftführer Liesel Moser, Kassier Otto Bonte, Beisitzer Lina Treffelsen und Fritz Frey. — Schriftliche Anfragen an: Esperantogruppe Freiburg, Glümerstraße 29.

Waldshut. Zwei an die Privatadresse eines Waldshuter Tertilkaufmanns gerichtete Kisten erweckten das Interesse der Kriminalpolizei Emmendingen. Bei einer Untersuchung wurden mehr als fünfzig Kilogramm Butter und mehr als zwei-

hundert Kilogramm Käse zu Tage gefördert. Der Kaufmann erklärte, er habe die Geschäfte im Auftrag einer Großspinnerei getätigt, die 800 Meter Stoff gegen die Ware eingetauscht habe. Die Sendung sei für die Belegschaft des Werkes bestimmt. Eine Rückfrage ergab aber, daß der Betriebsrat des Werkes von diesen Geschäften nichts wußte. Eine Haussuchung bei dem Kaufmann förderte außerdem ein Warenlager unangemeldeter Stoffe zu Tage.

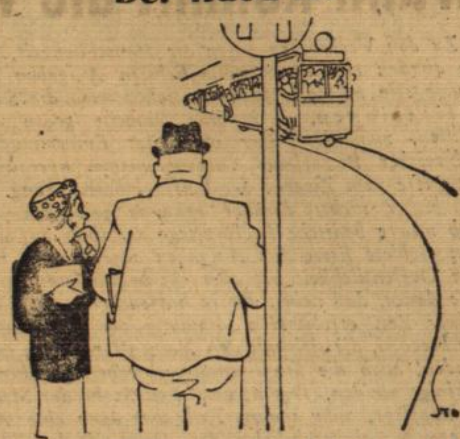
Kluftern. Durch einen Kontrollbeamten wurden am Bahnhof 76,81 dz Obst festgestellt, die auf dem Wege des Schwarzhandels in die Gegend von Singen a. H. verschoben werden sollte. Die gesamte Ladung wurde beschlagnahmt.

Ueberlingen. Im August wurden im Landkreis 1539 816 Liter Milch abgeliefert. Das entspricht trotz der Dürre einer Erfüllung von 86,4 Prozent des Aufbringungssolls von 1 796 748 Liter.

USA-Hilfe gegen Spulwürmer

Freiburg i. Br. (CND). Zur Abhilfe gegen die Wurmpilge, von der weite Bevölkerungskreise heimgesucht werden, hat, wie der „Christliche Nachrichtendienst“ mitteilt, die National Catholic Welfare Conference in Washington (die katholische Caritasorganisation in den USA) auf Anregung ihres in Freiburg i. Br. tätigen, bei der Militärregierung akkreditierten Father Fabian Flynn aus freiwilligen Spenden 100 amerikanische Pfund des seltenen und schwer zu beschaffenden Chenopodiumöls für Kuren gegen Spulwürmer gespendet. Auf Grund von Besprechungen beim Badischen Ministerium des Innern, Abteilung Gesundheitswesen, wird das Medikament in Südbaden durch Apotheken ausgegeben und steht zum Gebrauch der Bevölkerung nach ärztlichem Rezept unentgeltlich zur Verfügung. Die Apotheken erheben lediglich eine kleine Unkostengebühr. Die Aertzteschaft ist durch das erwähnte Ministerium im einzelnen über die Bereitstellung des Medikaments in Kenntnis gesetzt worden. Die Anwendung des Mittels, das nur dem gegebenen Zweck dient, muß unter ärztlicher Ueberwachung erfolgen. Auch den übrigen Ländern der französischen Zone ist ein Teil der Spende zugegangen, so daß insgesamt etwa 90 000 Kuren möglich sind.

Der Kavali'er



„Schon wieder voll! — Wenn einer von uns nicht mitkommt, Mathilde, dann mußt Du eben laufen ...“

(Wolfgang Stamm)

Tabakwaren für September

Freiburg. Die Tabakwaren für September werden bis Samstag, 27. September, ausgegeben. Die Vorbestellung für Oktober ist spätestens bis zum 17. Oktober vorzunehmen.

Mehr Verkehrsdisziplin!

Freiburg. Die Städtische Pressestelle läßt uns nachstehende Betrachtung zugehen: Zur schnelleren und sicheren Verkehrsabwicklung wurden vor längerer Zeit von der Städtischen Straßenbahn verschiedene Anordnungen getroffen, die das Ein- und Aussteigen regeln und das Stehen auf Trittbrettern und Puffern verbieten.

Diese Anordnung wurde im Interesse der Fahrgäste selbst getroffen, und die Mehrzahl der Trambenutzer hat sich inzwischen von der Richtigkeit dieser Maßnahmen überzeugt. Aber es gibt noch immer eine Reihe „Unentwegter“, die da glauben, aus der Reihe tanzen zu müssen und ihr Verhalten gerne mit dem heute beliebten Schlagwort von der „demokratischen Freiheit“ zu „begründen“ suchen. Solche Menschen weisen dann auf andere Städte hin, wo ein solcher „Zwang“ nicht bestehe. Wie irrig diese Meinung ist, zeigt z. B. der Straßenbahnverkehr in Essen. Dort sind die Straßenbahnverhältnisse heute ungefähr die gleichen, wie in Freiburg, d. h. Ueberbesetzung der Wagen. Aber das Publikum verhält sich wesentlich disziplinierter. Den Anordnungen des Fahrpersonals wird unbedingt Folge geleistet. Das Auf- und Abspringen ist auch dort streng verboten, und jeder Verkehrssünder wird auf der Stelle mit 15 Mk. bestraft. Die Rampen werden selbst bei der letzten Straßenbahn, die natürlich wie in Freiburg immer überbesetzt ist, nicht benützt. — Was aber in anderen Städten durchführbar ist, sollte doch auch in Freiburg möglich sein. Einsicht und guter Wille spielen da eine große Rolle. Sie erleichtern sowohl den Verkehr wie auch den schweren Dienst des Fahrpersonals.

Freiburger Chronik

In der Wonnhalde wurde ein 69 Jahre alter Mann aufgefunden, der dort durch Erhängen Selbsttötung begangen hatte. — Im gleichen Alter stand ein Buchdrucker aus Freiburg, dem in Heitersheim das Mißgeschick zustieß, von dem Sitzbrett eines Fuhrwerks auf die Straße zu fallen. Ein dabei erlittener Halswirbelbruch führte zum Tode.

Während der längeren Abwesenheit eines Bewohners der Schönbergstraße verschwanden aus dessen Wohnung Möbel, Wäsche, Küchengeräte usw. im ungefähren Wert von 20 000 Mk.

Im Vorort St. Georgen wurden mitten in der Nacht ein Ehepaar aus Freiburg-Haslach und eine kaufmännische Angestellte angehalten, die unter dem Schutz der Dunkelheit in den Reben 50 bis 60 Pfund Trauben entwendet hatten.

seiner Lebtage am Tage. Ich liebe diese stillen ungestörten Stunden.

Kurz vor Hofstetten stieß ich auf das Mahnmal für einen ermordeten Polen, das links am Wege steht. Wenige hundert Meter gegenüber schläft Heinrich Hansjakob seinen ewigen Schlaf. Wohl ihm, daß er das Unglück unserer Zeit nimmer erleben brauchte!

Es ist jetzt 1 Uhr. Wenn der Morgen graut, werde ich daheim sein ... E. E. Reiser

Arbeitsplan des Jugendbildungswerkes

Freiburg. Das Jugendbildungswerk Freiburg-Stadt teilt mit: Mit Schulbeginn wird auch der Arbeitsplan des Jugendbildungswerkes Freiburg durchgeführt. Die alten Arbeitsgemeinschaften haben bereits wieder begonnen. Ab 1. Oktober 1947 nehmen neue Arbeitsgemeinschaften (Stenografie, Mathematik, Französisch für Anfänger und Fortgeschrittene, Englisch für Anfänger und Fortgeschrittene, Chemie, Physik, Biologie, Lebensmittelbranche, kaufm. Buchhaltung, Schnitzen, Holzwerkarbeit, Zeichnen, Aquarellkunst, Jugendchor, Laienspiele, höhere Mathematik, deutsche Sprache, Kraftfahrzeugtechnik) ihre Tätigkeit auf, zu denen alle Jugendlichen, die ihr Können und Wissen fördern wollen, aufgerufen sind. Ferner werden in neuen Kursen Fragen des Lebens, der Zivilisation und der Ethik behandelt. Der Besuch der Kurse erfolgt kostenlos. Außerdem werden alle Jungens und Mädels zur Teilnahme am Freiburger Jugendorchester eingeladen. Instrumente werden zur Verfügung gestellt. Neue Anmeldungen werden sofort schriftlich an das „Haus der Jugend“, Fürstenbergstr. 21, erbeten. Alles Nähere bitten wir an den Plakatsäulen ersehen zu wollen.

Verantwortlich für den Heilmattell: Hanns Adam Faerber, Offenburg.